

**Luxemburg und Kyoto:
Statt Feilschen um Zahlen: endlich handeln!**

**Stellungnahme des Mouvement Ecologique zu den
aktuellen Debatten über den sogenannten „CO2-
Allokationsplan“ sowie die Klimaschutzpolitik**

März 2004

Luxemburg und Kyoto:

Statt Feilschen um Zahlen: endlich handeln!

1. 28%-Reduktionsziel der CO₂-Emissionen für Luxemburg: absolut angebracht

Zur Zeit werden von verschiedenen Akteuren die Verpflichtungen Luxemburgs in Frage gestellt, im Rahmen des Kyoto-Protokolls eine Reduktion der CO₂-Emissionen von 28% bis zum Jahre 2010 (gegenüber 1992) durchzuführen.

Diskutiert wird dabei u.a. darüber, inwiefern die Ausgangsdaten, die diesem Reduktionsziel zugrunde lagen, zutrafen bzw. zutreffen oder nicht.

Diese Debatte, die an sich an den Verpflichtungen Luxemburgs nichts zu ändern vermag, geht an der eigentlichen Realität vorbei:

- Luxemburg: besonders hohe Pro-Kopf-CO₂-Emissionen

Luxemburg ist (auch ohne Tanktourismus und GuD-Kraftwerk) eines der Länder mit den höchsten Pro-Kopf-Emissionen an CO₂ überhaupt. Laut OECD-Bericht (von 2000) liegen diese mit 20,5 Tonnen/Einw. 2,6 x höher als im europäischen Durchschnitt (die OECD stellte in ihrem Bericht fest, dass sich die angerechneten Emissionen aus dem Tanktourismus und die nicht angerechneten Emissionen durch den Stromimport aufheben). Bei derart hohen Emissionswerten ist es absolut fehl an der Stelle über Details zu diskutieren – dringendes Handeln ist gefordert!

- Kyoto-Ziele liegen sogar noch weit unter dem von Wissenschaftlern geäußerten Reduktionsbedarf!

Aus wissenschaftlicher Sicht ist mittlerweile nicht mehr umstritten, dass weltweit weitaus mehr Anstrengungen zur Reduktion der CO₂-Emissionen erfolgen müssen, als sogar das Kyoto-Protokoll anstrebt. Angesichts der bereits absehbaren Folgen einer Klimaveränderung verlangen Wissenschaftler weitaus höhere Reduktionen in diesem Jahrhundert, um die Klimaänderungen in annehmbaren Grenzen zu halten (Bericht 2001 des UNO-Wissenschaftsrates IPCC). Bei dieser Herausforderung das «bescheidene» Kyoto-Ziel von 5,8% bis 2010 in Frage zu stellen, ist geradezu widersinnig!

Schlussfolgerung: Aus wissenschaftlicher, politischer und juristischer Sicht ist

Luxemburg gehalten, das sehr wohl begründete Ziel einer 28%igen Reduktion der Emissionen zu erreichen.

2. Der Kyoto-Beschluss: für Luxemburg evtl. Nachteile in der Berechnung – aber auch vorteilhafte Aspekte!

Ein Aspekt der Diskussionen der letzten Wochen in Luxemburg scheint die Frage darzustellen, inwiefern das Kyoto-Protokoll gegenüber Luxemburg «gerecht» sei. In der Tat mag es befremdend wirken, dass unser Land in seiner CO₂-Bilanz besser dastünde, wenn wir die benötigte Strommenge ausschliesslich über den Import beziehen würden, als wenn wir Strom z.T. auf eine mehr oder weniger energie- und umwelteffizientere Art und Weise selbst produzieren (GuD-Kraftwerk, Kraft-Wärme-Koppelung).

Auch der Mouvement Ecologique erachtet diese Anrechnungsweise als unlogisch.

ABER: Luxemburg profitiert auch in einem grossen Ausmass von einer Reihe von Elementen des Berechnungsmodi im Kyoto-Protokoll. Beispiel: Luxemburg verfügt im Verhältnis zu anderen EU-Ländern über wenig Betriebe, die mit starken CO₂-Emissionen verbunden sind. Das «verschönt» natürlich eher unsere Bilanz. Wir importieren im Übrigen die Waren, die mit hohen CO₂-Emissionen bei der Produktion verbunden sind, fast alle: auch das «verschönt» unsere Bilanz. Oder aber: da wir den Strom importieren, spiegelt sich der Stromverbrauch nicht in der CO₂-Bilanz wieder, er wird schlichtweg ignoriert. Bis 1998 hielten diese sich mit denen des Tanktourismus die Waage.

DEMNACH: es wäre müssig, sich jetzt in einer Diskussion über einige Schwachstellen der Berechnungsmodelle des Kyotoprotokolls zu verlieren. Wahrscheinlich wiegen sich Vor- und Nachteile für Luxemburg ganz einfach auf.

AUSSERDEM: diese Berechnungsmodelle sind nun einmal entschieden, unser Land kann sie nicht mehr abändern, an uns das Beste daraus zu machen!

Schlussfolgerung: Vor- und Nachteile der Berechnungsmodelle scheinen sich für Luxemburg die Waage zu halten, eine Debatte darüber bringt uns nicht weiter.

3. Luxemburg hat den Kyoto-Beschluss verschlafen – Klimaschutz endlich zu prioritärem Anliegen der Regierung machen!

Man mag sich wenden und drehen wie man will: Luxemburg hat in den vergangenen Jahren die Debatte über Kyoto verschlafen. Nur die Umstellung der ARBED-Werke auf Elektro Stahl hat überhaupt erlaubt, dass Luxemburg in den 90er Jahren eine Reduktion der CO₂-Emissionen

verbuchen konnte. In allen anderen Sektoren geht die Entwicklung in die andere Richtung: die Emissionen stiegen in den vergangenen Jahren weiter an.

Wenn überhaupt Erfolge zu verbuchen sind, dann ist das tatsächlich fast ausschliesslich der ARBED zu verdanken, wie beiliegende Graphik zeigt. Doch der «Bonus» ist verbraucht, die Zuwächse der Emissionen in anderen Bereichen haben diese Reduktionen längstens wieder aufgeessen.

Jetzt stehen auf einmal alle Glocken auf Alarm, als ob das Problem nicht seit Jahren bekannt gewesen wäre.

Stellt sich die Frage, was aus der «Strategie nationale de réduction des émissions des gaz à effet de serre» vom Mai 2000 geworden ist? Darin wurden 6 Achsen entwickelt, auf denen die Politik Minderungen erreichen wollte. Was ist davon bisher angegangen, was umgesetzt worden? Was wurde u.a. aus der Achse der „écofiscalité“, was wurde bis dato in Sachen Minderung des Verkehrswachstums? Wo sind Maßnahmen geblieben, die mittelfristig bis 2010 wirken sollten? De facto kaum etwas!

Lediglich in den letzten Wochen (auf der Ebene des Umweltministeriums evtl. in den letzten Monaten) ist eine gewisse Hektik entstanden, da Luxemburg bis zum 31. März 2004 den sogenannten Allokationsplan in Brüssel einreichen muss. Versuchte das Umweltministerium – wenn auch bei weitem zu zaghaft – manchmal das Thema aufzugreifen, so ignorierten (und ignorieren !) andere Mitglieder der Regierung die Herausforderung auf flagrante Art und Weise.

Einige Beispiele:

*** Erstellung des IVL, des Integrierten Verkehrs- und Landesentwicklungskonzeptes**

Bei der Erstellung des IVL wurden die CO₂-Emissionen nicht einmal am Rande berücksichtigt. In keinster Form wurde daran gedacht, ähnlich wie andere Vorgaben – z.B. Reduktion des Bodenverbrauchs usw. – auch die Reduktion der CO₂-Emissionen als Vorgabe zu sehen und ein entsprechendes Modell zu entwickeln. Obwohl der Mouvement Ecologique mehrfach auf diese Schwachstelle aufmerksam machte, wurde dieser Aspekt von allen Ministerien (!), auch vom Umweltministerium, schlichtweg ignoriert.

*** Tanktourismus**

Der Finanzminister schaltet seit Jahren auf stur, um überhaupt über einen Abbau der (auch aus anderen Gründen ungesunden) Abhängigkeit vom Tanktourismus und der damit verbundenen Nischenpolitik nachzudenken! Nunmehr fallen uns gerade die aus diesem Sektor stammenden Emissionen massiv auf den Kopf!

*** Sanierung der Altbauten**

Wohnungsbau- und Umweltministerium scheinen sich noch immer nicht auf die jeweiligen Rollen in Zusammenhang mit einem gross angelegten Sanierungsprogramm für Altbauten geeinigt zu

haben. Dieses Gerangel um Kompetenzen geht auf Kosten der Ausnutzung eines grossen CO₂-Reduktionspotentials gerade in diesem Bereich!

Schlussfolgerung: Statt jetzt Debatten über Nebenschauplätze zu führen und die eigentlichen Fragestellungen weiterhin auszuklammern, gilt es endlich den Klimaschutz zu einem sektoren-übergreifenden Politikthema der gesamten Regierung zu machen.

Vor allem da Luxemburg für 2006 den nächsten Bericht in Brüssel abliefern muss.

4. Eine fachlich fundierte Debatte über Möglichkeiten der CO₂-Einsparungen in Luxemburg führen!

Der Mouvement Ecologique tritt für folgendes ein :

4.1. Spielraum zur wirtschaftlichen Diversifizierung erhalten - aber unter Ausnutzung aller Reduktionspotenziale!

Der Mouvement Ecologique spricht sich deutlich für eine stärkere wirtschaftliche Diversifizierung aus. D.h. auch im Klartext, dass man dem Industriebereich im Rahmen der CO₂-Zuteilungen einen gewissen Spielraum zugestehen muss.

Doch seien einige Fragen betreffend die erlaubt:

- Welche und wie viele Betriebe sind in dieser Phase vom Allokationsplan betroffen?
- Sind die CO₂-Minderungspotenziale im heutigen Industriebereich tatsächlich ausgeschöpft? Wie erfolgten diese Berechnungen?
- Wie wurde vor allem auch festgelegt, welche weitere Wachstumsprognosen diese Betriebe haben? Welche weiteren Emissionen werden diesen Betrieben aufgrund welcher Kriterien zugestanden?
- Wie wird gewährleistet, dass die weiteren Reduktionspotenziale ausgeschöpft werden und der Anstieg der CO₂-Emissionen nicht proportional zu den Produktionszuwächsen ist? Wie gewährleisten, dass durch Technologieentwicklung eine Entkoppelung zwischen Wachstum und CO₂-Ausstoss herbeigeführt wird?

4.2. Für einen graduellen Ausstieg aus der Tanktourismus-Falle

* Absolut dominierender Faktor im CO₂-Bereich in Luxemburg ist der Bereich **Transport**, und vor allem der Tanktourismus.

Der Tanktourismus für Luxemburg ist in dem aktuellen Ausmass nicht länger haltbar. Nicht nur, dass er zu massiven CO₂-Belastungen, Verkehrsproblemen, Landschaftsverbrauch u.a. führt, nein, auch aus der Sicht eines mittelfristig gesunden Staatshaushaltes ist ein «Weiter wie bisher» nicht mehr hinnehmbar.

Mittel- bis langfristig liegt die Gefahr, dass diese Nischenpolitik Luxemburgs aufgrund von

Steuerharmonisierungen wegbrechen wird, auf der Hand. Wollen wir trotzdem weiter eine Vogelstrausspolitik betreiben und den Kopf in den Sand stecken!?

Wollen wir weiterhin auf Biegen und Brechen an die Illusion glauben, unser Land würde diese Nische noch auf Jahrzehnte ausnutzen können? Und dabei u.a. in Kauf nehmen, massive Kompensationszahlungen im Bereich CO2 leisten zu müssen?

Notwendig ist eine nationale Diskussion über die künftige Rolle dieser in allen Hinsichten ungesunden Nischenpolitik:

- Ohne Reduktion des Treibstoffexports ist das Luxemburger Burden Sharing-Ziel nicht erreichbar.
- Ohne Reduktion des Treibstoffexports muss Geld für Rechtezukauf auf dem internationalen Markt ausgegeben werden.

Ist das tatsächlich eine nachhaltige Zukunftsperspektive? Der Mouvement Ecologique beantwortet diese Frage mit einem klaren Nein! Rolle des Finanzministeriums muss es sein, eine Analyse anzufertigen bzw. in Auftrag zu geben, wie Luxemburg aus finanzpolitischer Sicht graduell einen Ausweg aus der Tanktourismusfalle einschlagen kann! Auch, aber nicht nur aus der Sicht des Klimaschutzes!

4.3. Neue Wege in der Transportpolitik – mit aller Konsequenz!

Doch vor allem auch der Individualverkehr stellt ein reelles Problem dar. Dieser ist in den vergangenen Jahren in einem flagrantem Ausmass angewachsen, mit weiterhin steigender Tendenz, wie auch die IVL-Studie aufweist.

Doch das rezent vorgestellte sogenannte IVL-Konzept (Integratives Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept) ignoriert das Kyoto-Abkommen in flagrantem Ausmass. Obwohl der Mouvement Ecologique, wie bereits erwähnt, bei den zuständigen Ministerien, sowohl Innen-, Transport- als auch Umweltministerium, mehrfach intervenierte, damit auch CO2-Aspekte integriert werden sollten, ist dies nicht der Fall.

Es scheint als ob einzelne Regierungsmitglieder davon ausgehen würden, dass die Emissionen aus dem Verkehrsbereich noch um 30% ansteigen werden ! **30% Anstieg – während eine 28%-Reduktion erforderlich ist ?**

Der Mouvement Ecologique tritt dafür ein, das IVL kritisch angesichts des CO2-Minderungsbedarfs zu hinterfragen. In Frage zu stellen ist die Doppelstrategie des weiteren Ausbaus des Strassennetzes und einer gewissen Ankündigungspolitik in Sachen öffentlicher Transport. Der Ausbau des öffentlichen Transportes muss auf Kosten des Individualverkehrs konsequenter und gezielter ausgebaut werden als bisher beabsichtigt. Stichworte sind u.a. grenzüberschreitende Stadtbahn – Erschliessung des Stadtkerns durch die moderne Stadtbahn.

Dafür müssen die budgetären Mittel, nach einer nachvollziehbaren Prioritätenliste, prioritär zur Verfügung gestellt und die Schaffung weiterer vollendeter Tatsachen im Strassenbau unterbunden werden.

4.4. Für die Ausschöpfung des CO2-Minderungspotenziales im Bereich Privathaushalte / Kleinbetriebe / Dienstleistungssektor

Die anderen Emittenten – Privathaushalte, Kleinbetriebe, Dienstleistungssektor – sind zu etwa 17% an den Emissionen beteiligt, wobei hier die Emissionsquellen sehr vielfältig und dispers sind.

Doch auch auf dieser Ebene gilt es jene Massnahmen zu treffen, die sich aus der Sicht des Klimaschutzes aufdrängen. Denn nur wenn in allen Sektoren gehandelt wird, ist das Kyoto-Protokoll einzuhalten.

Dies bedeutet im Klartext, dass endlich vom Umweltministerium ein operationeller CO2-Reduktionsplan erstellt werden muss, mit konkreten Instrumenten, Zuständigkeiten u.a.m.

Ein regelrechtes operationelles Klimaschutzprogramm, das die diversen Politikfelder der Regierung erfasst, drängt sich kurzfristig auf: vom Transport über die Vorbildfunktion des Staates über den Wohnungsbausektor bis hin zu Beratungsprogrammen für Betriebe u.ä.

Dabei können auch Gemeinde wichtige Akteure darstellen, wie die positiven Beispiele u.a. einiger Klimabündnisgemeinden zeigen. Während landesweit die Emissionen im Bereich Haushalte/Dienstleistung/Gewerbe um 33% anwachsen, stiegen sie in den Klimabündnisgemeinden lediglich um 6% (die pro Kopf-Emissionen waren sogar um 11% rückläufig). Mit dem notwendigen stärkeren staatlichem Engagement, ist demnach lokaler Klimaschutz machbar.

4.5. Energie-Effizienz des GuD-Kraftwerkes optimieren

Auch das GuD-Kraftwerk leistet seinen Beitrag zu den CO2-Emissionen, wie bereits mehrfach hervorgehoben wurde. Der Mouvement Ecologique bleibt dabei, dass wir das GuD-Kraftwerk als solches grundsätzlich begrüssen. Allerdings ist der Mouvement Ecologique der Überzeugung, dass

- unbedingt eine Auskoppelung der Wärme erfolgen soll, so wie dies im übrigen auch im Koalitionsabkommen vorgesehen war. Somit kann das GuD-Kraftwerk einen Beitrag leisten, damit – z.B. beim Ausbau der Brache Belval – der mit dieser urbanistischen Entwicklung verbundene zusätzliche CO2-Ausstoss durch die Nutzung der Fernwärme reduziert werden kann.
- ebenso wie bei den Betrieben, die im Allokationsplan gestellten Berechnungen betreffend die CO2-Emissionen des Werkes auf ihr Minderungspotenzial kritisch

hinterfragt werden.

5. Freikauf – kurzfristig z.T. wohl unvermeidlich, aber mittelfristig mit Sicherheit keine Lösung!

Angesichts der Tatsache, dass Luxemburg in derart flagrantem Ausmass seine Klimaschutzziele verfehlt, ist wohl in der Zeitschiene von 2005 – 2008 ein jedoch begrenzter Freikauf unvermeidbar.

Dieser darf jedoch nicht unkontrolliert erfolgen, und zwar aus mehreren Gründen:

- **Der Einkauf wird teuer!** 3 Millionen Tonnen Einkauf entsprechen – beim aktuellen Stand - mindestens 45 Millionen Euro (1,8 Milliarden Luf) jährlich. Dabei ist ungewusst, wie sich die Preise weiter entwickeln werden.
- Ausserdem: der Emissionshandel ist ein sehr unsicheres **Risikogeschäft**. Noch weiss keiner, ob das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage stimmt. Allein auf den Emissionshandel zu spekulieren, kann schief gehen!
- Investitionen in nationale Klimaschutz-Massnahmen bedeutet, Finanzmittel für Innovationen in **Zukunftstechnologien** und für **mittelständische Betriebe** im eigenen Land zur Verfügung stellen. Ankauf von Emissionsrechten (CDM) unterläuft Klimaschutzziele und kommt nicht der eigenen Wirtschaft zugute.
- Klimaschutz bei uns realisieren, ist eine Frage der **politischen Moral**: Klimaveränderungen zerstören vor allem die Lebensgrundlagen in ärmeren Regionen der Erde. Es gibt jetzt bereits mehr Umweltflüchtlinge als politische Flüchtlinge (cf. Malidiven).
- Klimaschutz jetzt wird wesentlich billiger als Nichtstun. Die Abwehrmassnahmen gegen die Folgen der Klimaveränderungen (z.B. Hochwasserschutz an Meeren und Flüssen) und die Folgeschäden (z.B. Sturmschäden) sind wesentlich teurer als vorbeugende Klimaschutzmassnahmen.

Ausserdem: Wenn die Regierung zu ihren internationalen Verpflichtungen steht, dann müssen im europäischen Rahmen die Kyoto-Ziele überwiegend durch eigene nationale Anstrengungen erreicht werden - und nur supplementär durch flexible Kyoto-Mechanismen! Ein 100% oder gar ein 60%-Einkauf sind, auch laut EU-Bestimmungen, nicht zulässig !

6. Zukunftsweisend denken : Eine Trendwende herbeiführen

Verheerend an der derzeitigen Entwicklung ist aber vor allem – und diese darf nicht durch eine Debatte über den Freikauf ausgeblendet werden – dass ein «weiter wie bisher» nicht nur nicht zu einer Reduktion der CO₂-Emissionen führen – sondern im Gegenteil zu einem weiteren Anwachsen in allen Sektoren. **Prognosen gehen davon aus, dass wir weit über dem Wert von 12 Millionen Tonnen liegen werden – ja gar 15 Millionen stehen im Raum!!!**

Aus Klimaschutz- und politischer Sicht für Luxemburg eine verheerende Tatsache: Statt Reduktion um 28% ein Ansteigen!

In der Tat weisen die Berechnungen seit 1997, dass der Trend in allen Bereichen (Verkehr, Wohn- und Dienstleistungsgebäude, Tanktourismus) ausser der Industrie weiterhin nach oben zeigt. Dies ist gemäss Kyoto nicht tragbar – entsprechend gilt es zunächst mit einem ambitionierten Klimaschutzprogramm diesen steigenden Trend zu brechen.

2008 stehen die Nachverhandlungen zu Kyoto an. Ziel muss sein, bis dahin Massnahmen und Instrumente zu finden und anzuwenden, damit eine Kehrtwende stattfindet: statt eines weiteren Anstiegs eine Trendwende nach unten. Denn – wie bereits erwähnt – grundsätzlich und mittelfristig stellt der Freikauf keine Lösung dar.

7. Geeigneten Rahmen für Zukunftsdebatte gewährleisten

Das politische System versagte in der Organisation darin, bereits vor Jahren eine strukturierte und offene Debatte über die Umsetzung des Kyoto-Protokolls zu gewährleisten und in die Wege zu leiten. Während Jahren wurde das Thema verkannt, nun aber wird hektisch reagiert und – und daran wird das Hearing in der Abgeordnetenkammer auch nichts ändern – die Debatte wird fast ausschließlich in der Tripartite geführt. Eine sachlich fundierte Diskussion zwischen allen Akteuren, auch unter Einbindung der Öffentlichkeit, so wie die Direktive es verlangt, fand nicht statt.

Der Mouvement Ecologique kann diese Vorgehensweise in keiner Form akzeptieren. Vor allem gilt es jetzt zu gewährleisten, dass für die Weiterführung der Debatte ein anderer Weg beschritten wird. Und eine Weiterführung der Debatte ist unerlässlich, denn mit der Verabschiedung des Allokationsplanes erfolgt nur eine erste Phase der Umsetzung des Kyoto-Protokolls.

Entsprechend tritt der Mouvement Ecologique für runde Tische mit allen Akteuren zu den verschiedensten Themenbereichen ein – Altbausanierung, Transport, Tanktourismus ... – in der über die weitere Strategie diskutiert und das Handlungspotenzial ausgeleuchtet wird. Nur so kann gewährleistet werden, dass unser Land im Folgeprozess um die Umsetzung von Kyoto nicht erneut derart ratlos dasteht wie derzeit.

Schlussfolgerungen – Klimaschutz in Luxemburg endlich vorantreiben!

Kyoto wird in Kraft treten, da es keine Alternative zum Klimaschutz gibt. Spekulationen über die Haltung anderer und Wartemanöver werden das Problem sowohl national wie international verschlimmern. «*Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.*»

Luxemburg steht aufgrund der verpassten Klimaschutzpolitik der vergangenen Jahre jetzt unter massivem Zeitdruck. Eine effiziente Klimaschutzpolitik Luxemburgs gibt es schlichtweg (noch) nicht! Nunmehr angesichts der sehr angespannten Situation und der scheinbaren Aussichtslosigkeit, die Kyoto-Ziele ausschliesslich kurzfristig in Luxemburg zu erreichen, sich ausschliesslich auf den Freikauf zu basieren, wäre mittel- bis langfristig auch ökonomisch absolut widersinnig. Zudem widerspricht es EU-Vorgaben, die festlegen, dass jedes Land mindestens 50% seiner Klimareduktionen im eigenen Land durchführen muss.

Auch ein Hadern mit den Berechnungsmodi bringt nichts, vor allem da – wie bereits erwähnt – sich Vor- und Nachteile die Waage halten.

Der Mouvement Ecologique plädiert dafür, dass endlich die Rahmenbedingungen für einen effizienten Klimaschutz in Luxemburg geschaffen werden. Dies bedeutet u.a.:

* **Weiterentwicklung einer Klimaschutzdebatte und Erstellung einer Strategie /**

Entwicklungen antizipieren: Die Debatte über Kyoto kann mit der Zustellung des Allokationsplanes nach Brüssel nicht beendet sein. Ganz im Gegenteil, aufgrund der Probleme die mit dem Freikauf verbunden sind und der steigenden Tendenz der Emissionen in allen Sektoren Luxemburg muss sich Luxemburg gerade jetzt eine kurz-, mittel- und langfristig eine Klimaschutzstrategie geben. Denn: Für 2006 steht der nächste Bericht nach Brüssel an, und dieser muss wohl eine andere Qualität und Strategie verfolgen, als der jetzige.

Diese setzt voraus, dass neben den unten angeführten Massnahmen:

- Klimaschutz als Handlungsfeld der gesamten Politik anerkannt wird,
- Umgehend jene Massnahmen umgesetzt werden, die bekannt sind und sich aufdrängen: Altbausanierung, Integration des CO₂-Aspektes in das IVL (was eine gewisse Überarbeitung voraussetzt u.a.m.)
- Kurzfristig ein CO₂-Reduktionsplan erstellt wird
- Vor allem aber müssen runde Tische zu den einzelnen Themenbereichen organisiert werden (Wohnungsbau, Transport ...), in der über konkrete Minderungsmassnahmen diskutiert wird.

* **Zahlenmaterial aktualisieren:** Sinnvoll ist es, das Zahlenmaterial betreffend die Emissionsdaten (Ausgangsposition, separate Berechnung der Bereiche Haushalte und Dienstleistungen, ...) einer transparenten Analyse zu unterziehen und zu verfeinern. Darüber

hinaus sind die Einsparpotenziale von unterschiedlichen Maßnahmen in den verschiedenen Bereichen zu analysieren.

* **Schaffung eines Umwelt- und Energieministeriums, das in Personalunion mit dem Transportministerium geführt wird:** Dies damit die CO₂-relevanten Sektoren, ausserhalb der Wirtschaft, in einer gewissen Form gebündelt sind und die Umsetzung einer nationalen Strategie auch aufgrund der ministeriellen Kompetenzen erleichtert wird.

* **Erstellung eines neuen Luxemburger Klimaschutzprogrammes für alle Akteure:** Im Laufe des nächsten Jahres müsste in aller Wissenschaftlichkeit ein Aktionsprogramm CO₂, das seit langem in dieser Form vorliegen müsste, erstellt werden. Klimaschutz ist machbar, kann sogar Arbeitsplätze schaffen. Dies zeigen etliche Beispiele auf nationaler und kommunaler Ebene bei uns und im Ausland. Es gilt diese zu einer zielgerichteten Strategie zu bündeln.

* **Gradueller Ausstieg aus der Tanktourismusfalle vorbereiten:** Das Finanzministerium sollte umgehend mit der Erstellung einer Studie befasst werden, die eine Strategie zu einem graduellen Ausstieg aus dem Tanktourismus darlegt.

* **Durchführung einer nachhaltigen Steuerreform:** Zentrales Instrument im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung – und entsprechend auch im Kontext Kyoto – ist eine nachhaltige Steuerreform. Ziel muss sein, u.a. neue Finanzierungsquellen für die langfristige Finanzierung des Sozialsystems zu gewährleisten und vor allem aber eine Verschiebung der Steuerlast vom Faktor Arbeit u.a. auf begrenzte Ressourcen u.a.m. zu gewährleisten, dies auf einkommensneutrale Art und Weise.

* **«Neues Modell Luxemburg»:** Die rezenten «Debatten» im Bereich Kyoto zeigen auch auf mehr denn eindruckliche Art und Weise, dass ein neues Modell Luxemburg erforderlich ist. Bei allem Respekt vor der Rolle der Tripartite in Krisensituationen: eine generelle Verschiebung der politischen Debatte in dieses Gremium ist politisch ungesund. Um einen Qualitätssprung in Sachen «Demokratie» in vergleichbaren Dossiers zu erhalten, wäre die Organisation eines «runden Tisches» zum Thema Demokratisierung und Strukturierung von Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen notwendig. Hierbei geht es nicht darum neue Institutionen zu schaffen, sondern neue Instrumente für den politischen Meinungsbildungsprozess festzulegen. Dabei muss es auch erlaubt sein, die derzeitige Rolle bestehender Strukturen kritisch zu hinterfragen (z.B. Tripartite) und auf ihre Kernfunktionen zu begrenzen sowie die Arbeit der Abgeordnetenkammer entscheidend aufzuwerten.

Klimaschutz in Luxemburg war bisher kaum ein Thema. Diese Problematik wird mit der Erstellen des nationalen Allokationsplanes keineswegs abgeschlossen sein. Im Gegenteil: Klimaschutz in Luxemburg muss jetzt endlich konkret werden.